



Erben planen bei Minderjährigen



*Was ist zu beachten, wenn Minderjährige als Erben eingesetzt
oder durch gesetzliche Erbfolge Erben werden,
insbesondere, wenn Grundbesitz oder Unternehmensanteile
zur Erbmasse gehören?*



Sterben macht Erben - seit jeher liefert der Umstand Stoff für zahllose Schicksale. Betroffen vom Verlust des Angehörigen sind viele im Erbfall mit praktischen Problemen überfordert. Gibt es einen Minderjährigen unter den Erben, so muss in vielen Fällen noch ein Ergänzungspfleger durch das Vormundschaftsgericht bestellt werden. Im Folgenden werden diese Fälle zusammenfassend dargestellt.

Grundsätzlich bestimmt das Bürgerliche Gesetzbuch die gesetzliche Vertretungsregelung für minderjährige Kinder:

- „Die Eltern haben die Pflicht und das Recht, für das minderjährige Kind zu sorgen.“ (§ 1629 Abs. 1, Satz 1 BGB)
- „Die elterliche Sorge umfasst die Vertretung des Kindes“. (§ 1629 Abs. S. 1 BGB).

1. Die **Verwaltung des Erbvermögens** durch Miterbengemeinschaft

Im Erbfall kommen häufig so genannte Erbengemeinschaften zustande. Das ist immer dann der Fall, wenn eine testamentarische Regelung fehlt oder mehrere Personen zu Erben bestimmt sind.

Hier kann der Minderjährige von seinen Eltern vertreten werden, auch wenn diese selbst Miterben sind, sofern nicht offensichtlich ein Interessengegensatz besteht. Die Vertretungsmacht umfasst alle Handlungen, die von den Miterben zu dessen **Erhaltung, Nutzung oder Mehrung** vorgenommen werden.

2. Die **Auseinandersetzung des Erbvermögens** durch Miterbengemeinschaft

Die Teilung des Nachlasses findet laut BGB grundsätzlich durch Teilung in Natur statt. Soweit dies nicht möglich ist, weil sich der Gegenstand nicht in gleichartige Anteile teilen lässt, muss der Gegenstand verkauft bzw. versteigert werden: Anschließend ist der Verkaufserlös zu teilen. Wenn die Aufteilung in dieser Weise umgesetzt wird, können die Eltern für ihre minderjährigen Kinder handeln.

Doch vielfach wird die Auseinandersetzung in dieser Form nicht vorgenommen, weil man den Verkauf oder die Versteigerung z.B. von Grundstücken vermeiden will. In den weitaus meisten Fällen der Nachlassauseinandersetzung einigen sich die Miterben vertraglich: der eine Miterbe bekommt das Haus, der andere die Gemäldesammlung, der Dritte erhält das Bargeld.

Bei einem solchen Vertrag können Eltern **nicht** für ihre minderjährigen Kinder handeln, wenn ihre Kinder Miterben sind. Ihrer Mitwirkung stehen die Regelungen des BGB entgegen: **Jedes** Kind muss durch einen besonderen **Ergänzungspfleger** vertreten werden, den das Vormundschaftsgericht bestellt. Dies gilt insbesondere dann, wenn Grundvermögen betroffen ist.



3. Aufnahme der Minderjährigen in eine Gesellschaft

a. Erforderlichkeit der Bestellung eines **Ergänzungspflegers**

In den Anwendungsbereich der Bestellung eines Ergänzungspflegers fallen sämtliche Erbanfälle von einem Elternteil oder von Großeltern an das minderjährige Kind, soweit es Gesellschaftsvermögen betrifft.

Nach vorherrschender Auffassung gilt dies auch für die schenkungsweise Übertragung eines Kommanditanteils. Auch hier ist die Bestellung eines Ergänzungspflegers erforderlich, unabhängig davon, ob die Einlagen vollständig erbracht sind oder nicht.

b. Erforderlichkeit der **vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung**

Neben die Notwendigkeit, einen Ergänzungspfleger für die Aufnahme von Minderjährigen in eine Gesellschaft zu bestellen, tritt in vielen Fällen noch das Erfordernis einer vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung. Danach ist die Genehmigung zu einem Vertrag erforderlich, „der auf den entgeltlichen Erwerb oder die Veräußerung eines Erwerbsgeschäfts gerichtet ist, sowie zu einem Gesellschaftsvertrag, der zum Betrieb eines Erwerbsgeschäfts eingegangen wird“.

Grundsätzlich gilt dies ist auch für das Erwerbsgeschäft in Form einer KG unter Mitwirkung eines Minderjährigen, und zwar auch dann, wenn ein Minderjähriger nur Kommanditist wird. Auch wenn insbesondere die weitgehende Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten aufgrund der Haftungsbeschränkung der Kommanditisten gerade nicht gelten, ist es gleichwohl aus Sicherheitserwägungen in der Praxis unumgänglich, auch die unentgeltliche Übertragung von Kommanditanteilen an Minderjährige dem Vormundschaftsgericht zur Genehmigung vorzulegen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass minderjährige Kinder bei der Übertragung der Kommanditanteile nicht von ihren Eltern vertreten werden können. Deshalb müssen dafür Ergänzungspfleger bestellt werden. Darüber hinaus bedürfen die Schenkungen, um in jedem Fall auf der sicheren Seite zu sein, der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung. Die Genehmigungen werden in der Praxis für die unentgeltliche Übertragung von Kommanditanteilen in der Regel unproblematisch erteilt.



4. Laufender Geschäftsbetrieb einer Kommanditgesellschaft

Die Frage, ob die minderjährigen Kinder durch ihre Eltern vertreten werden können und ob vormundschafts- oder familiengerichtliche Genehmigungserfordernisse zu beachten sind, stellt sich nicht nur im Zusammenhang mit der Übertragung von Gesellschaftsanteilen, sondern auch für alle Entscheidungen, die später im Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebes der Gesellschaft zu treffen sind.

Nach der Rechtsprechung des BGH können minderjährige Gesellschafter einer bei Gesellschafterbeschlüssen über Maßnahmen der Geschäftsführung und sonstigen gemeinsamen Gesellschaftsangelegenheiten durch ihre Eltern vertreten werden. Dazu gehören sämtliche Maßnahmen, die auf die Erreichung des jeweiligen Gesellschaftszwecks zielen, nach ganz herrschender Meinung auch die Veräußerung von Grundbesitz einer KG. Lediglich bei grundlegenden Strukturmaßnahmen, wie der Umwandlung der Gesellschaft in eine andere Rechtsform, bei Änderungen des Gesellschaftsvertrages oder der Liquidation sind die Eltern nicht vertretungsberechtigt.

Korrespondierend mit der fehlenden Notwendigkeit eines Ergänzungspflegers ist bei Beschlussfassungen in laufenden Angelegenheiten der Gesellschaft auch keine familien- oder vormundschaftsgerichtliche Genehmigung erforderlich, auch das gilt nach h. M. ebenfalls für die Veräußerung von Grundbesitz einer Kommanditgesellschaft.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Eltern in der Führung des laufenden Geschäftsbetriebes den beschriebenen Restriktionen nicht unterliegen. Reguläre Geschäftsführungsmaßnahmen der Gesellschaft können auch ohne Mitwirkung eines Ergänzungspflegers und ohne Zustimmung des Vormundschaftsgerichts durchgeführt werden. Die Eltern sind insoweit nicht von der Vertretung ihrer minderjährigen Kinder ausgeschlossen. Mitwirkungs- und genehmigungsbedürftig sind lediglich solche Beschlüsse, die fundamentale Änderungen des Gesellschaftsvertrages beinhalten, die Veräußerung eines Grundstückes der Gesellschaft fällt nicht darunter.

5. Fazit

Bei minderjährigen Kindern sollte in allen Fällen eine geeignete testamentarische Lösung getroffen werden, die die Einschaltung und Beteiligung des Vormundschaftsgerichts - soweit gewünscht - weitestgehend minimiert oder vollständig ausschließt.

Ein **Erb- und Vermögensnachfolgeberater** kennt die Probleme und erstellt mit seinen ausgewählten Kooperationspartnern eine maßgeschneiderte, allumfassende Lösung.



Vita

Herr **Uwe Steenbuck** hat sein Studium mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Steuerrecht und seinen Abschluss zum **Diplom-Kaufmann** an der Universität Hamburg absolviert. Sein Zertifikat zum **Estate Planner (ebs)** erlangte er an der European Business School, der ältesten Privatuniversität Deutschlands.

Er ist seit 1996 selbständig tätig und betreut seine bundesweite Klientel in allen Fragen der **Erb- und Vermögensnachfolgeplanung** sowie der **Testamentsvollstreckung**.

Für spezielle Problemstellungen arbeitet er mit einem Netzwerk von Spezialisten aus Notaren, Anwälten, Steuer- und Unternehmensberatern zusammen.



Diplom-Kaufmann
Uwe Steenbuck

Erb- und Vermögensnachfolgeberater

Alsterstieg 73
22851 Norderstedt

Tel.: 040 / 529 85 168
Mobil: 0171 / 467 29 64
Fax: 040 / 529 85 178
e-Mail: evb@uwe-steenbuck.de

<http://www.uwe-steenbuck.de>